"Den Durchschnittsarmen gibt es nicht"

Autor(en): **Knöpfel, Carlo / Gerber, Regine**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **116 (2019)**

Heft 1

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-865594

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Den Durchschnittsarmen gibt es nicht»

NACHGEFRAGT Carlo Knöpfel, Professor an der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, kritisiert, dass über einzelne Budgetposten des Grundbedarfs diskutiert wird. Die Armutsgrenze mit einem Warenkorb zu definieren, findet er «grundsätzlich falsch».

«ZESO»: Herr Knöpfel, eine sachliche Diskussion über die Sozialhilfe sei nicht mehr möglich, beklagte kürzlich die NZZ am Sonntag. Ist es der Studie zum Grundbedarf nicht gelungen, eine sachliche Grundlage zu liefern?

Carlo Knöpfel: Eigentlich lagen die Fakten ja bereits auf dem Tisch. Man wusste, dass der Grundbedarf zu tief ist. In Bezug auf die öffentliche Diskussion habe ich die Studie bereits im Vorfeld kritisch beurteilt. Das Vorgehen ist in meiner Einschätzung ein Rückschritt in der Entwicklung der Sozialhilfe.

Warum?

Weil man wieder beginnt, den Grundbedarf in einzelne Budgetposten aufzuteilen. Bevor die Pauschale für den Grundbedarf 1998 eingeführt wurde, hatten wir genau diese Situation: Es wurde festgelegt, wie viel Geld den Sozialhilfebeziehenden für einzelne Posten zusteht. Die Personen mussten Ende Monat mit ihren Quittungen zum Sozialdienst kommen und beispielsweise belegen, dass sie nicht mehr für Lebensmittel ausgegeben haben, als vom Budget vorgesehen war. Eigentlich dachte ich, diese Phase sei überwunden.

Die Studie will aufzeigen, wie der Betrag des Grundbedarfs zustande kommt. Das ist doch ein transparentes Vorgehen.

Das Problem ist, wenn der Grundbedarf aufgedröselt wird, wird jeder einzelne Posten diskutiert. Das sind doch reine Werturteile! Selbst vor Gericht ist mittlerweile anerkannt, dass man den Grundbedarf als Pauschalbudget verstehen muss. Ein Gericht hat in einem Urteil untersagt, einer Person, die an einer Arbeitsintegrationsmassnahme teilnahm, an der auch eine kostenlose Mahlzeit offeriert wurde, dafür zehn Franken pro Tag für das Essen vom Grundbedarf abzuziehen.

Was ist der Gedanke hinter einer Pauschale für den Grundbedarf?

Es ist eine liberale Haltung, die besagt: Dieses Geld steht euch zu – verwaltet es selbst. Wenn etwa jemand mehr fürs Essen ausgeben will, muss er in einem anderen Bereich sparen. Man darf zudem nicht vergessen, dass das Ziel der Sozialhilfe ist, die Leute wieder zu integrieren. Demnach müssen sie doch über eine gewisse Autonomie verfügen. Wenn wir die Sozialhilfebeziehenden entmündigen, kann man nicht erwarten, dass sie nach der Ablösung selbstständig leben können.

Dennoch ist die Frage nicht vom Tisch: Wie bestimmt man die Höhe des Grundbedarfs?

Die Idee eines Warenkorbes ist, die Armutsgrenze «bottom-up» definieren zu wollen. Diesen Ansatz finde ich grundsätzlich falsch. Er geht von einem «Norm-Armen» aus, der so und so viel für Kleidung ausgeben darf und bestimmte Handykosten hat. Aber diesen Durchschnittsarmen gibt es nicht. Die Heterogenität in der Sozialhilfe ist gross: Es sind nicht nur ein paar Drögeler und Obdachlose. Es sind Alleinerziehende, Working Poor-Familien, über 55-Jährige ausgesteuerte Langzeitarbeitslose und junge Leute, die den Sprung in den Arbeimarkt nicht schaffen.

Was ist die Alternative?

Armut ist immer eine relative Grösse im Verhältnis zur gesellschaftlichen Situation. Eine Alternative wäre beispielsweise der Ansatz der Armutsgefährdung, wie ihn die Europäische Union oder die OECD verwenden. Dort wrd die Grenze der Existenzsicherung bei 60 oder 50 Prozent vom Medianeinkommen des jeweiligen Haushalts festgelegt. Um die politische Diskussion, wo genau der Prozentsatz festgelegt wird, kommt man auch so nicht herum. Aber wenigstens würde sich die Diskussion erübrigen, ob fünf Franken fürs Essen genügen.

Zurzeit wird oft eine Differenzierung von Sozialhilfeleistungen gefordert. Soll beispielsweise mehr bekommen, wer immer gearbeitet hat?

Da bin ich anderer Meinung. Eine Differenzierung würde bedeuten, dass wir das Finalitätsprinzip aufgeben. Aber genau diese Finalität ist doch eine gesellschaftliche Errungenschaft! Wir als Gesellschaft sagen: Wir unterstützen jene, die in Not geraten, unabhängig davon, weshalb sie arm geworden sind. Dies aufgeben zu wollen, halte ich für gefährlich.

Offensichtlich scheint diese Gleichbehandlung aber bei vielen Menschen am Gerechtigkeitsempfingen zu kratzen.

Man könnte es als Ohnmachtsdiskurs interpretieren. Die Gesellschaft spürt, dass der Arbeitsmarkt nicht mehr für alle eine bezahlte Arbeit zu bieten hat und sich das Problem nicht einfach lösen lässt. Deshalb werden Sündenböcke gesucht. Es ist einfacher zu sagen, Armut sei ein Problem der Faulen, Asylsuchenden, Kranken etc., statt zu akzeptieren, dass hier eine strukturelle Problematik vorhanden ist, die viel mit Prozessen der wirtschaftlichen Globalisierung und fortschreitenden Digitalisierung zu hat. Differenziertere Leistungen werden die strukturellen Probleme nicht lösen.

Bild: zvg

CARLO KNÖPFEL

Carlo Knöpfel ist seit 2012 Professor für Sozialpolitik und Sozialarbeit an der Hochschule für Soziale Arbeit in Basel (FHNW). Seine Schwerpunkte sind der gesellschaftliche Wandel und die soziale Sicherheit, Fragen zu Armut, Arbeitslosigkeit und Alter sowie der Beitrag der Zivilgesellschaft zur beruflichen und sozialen Integration. Zuvor arbeitete der Ökonom während 19 Jahren bei der Caritas Schweiz. Carlo Knöpfel ist Präsident der Kommission Sozialpolitik und Sozialhilfe (SoSo) der SKOS.

Wie kann man dann verhindern, dass die Solidarität weiter bröckelt?

Ein wichtiges Element ist die Finanzierung. Die Frage ist, aus welchem Topf die Sozialhilfe bezahlt werden soll. Es ist kein Zufall, dass die Kürzungsdiskussion verstärkt in Kantonen auftritt, die einen schwachen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden haben. Wenn die Finanzierungsfrage besser gelöst wäre, hätte die Kritik an der Sozialhilfe eine viel geringere Resonanz. Hier sehe ich die Kantone in der Pflicht, solange sie nicht bereit sind, ein Bundesrahmengesetz zu akzeptieren.

Die Kritiker sprechen aber vor allem davon, dass es mehr Anreize für die Sozialhilfebeziehenden braucht.

Es ist absurd zu sagen, wenn wir mehr Anreize setzen, fügt sich alles. Sozialpsychologisch kann man doch nur von wirksamen Anreizen ausgehen, wenn Handlungsoptionen auf dem Tisch liegen. Was nützen aber Anreize demjenigen, der einfach keinen Job findet?

Diskutiert wird auch ein Vorschlag, der das jetzige System umkehren will: Den Grundbedarf für alle um 30 Prozent kürzen und als Belohnung Zulagen verteilen. Ist ein solches System denkbar?

Ich gehe nicht davon aus, dass dieser um 30 Prozent gesenkte Grundbedarf quasi ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre. Das heisst: Wer dann nicht spurt und sich um Arbeit bemüht, muss mit weiteren Sanktionen rechnen. Deshalb wäre das nur eine Wegbereitung für weitere Kürzungen. Daran ist auch die SKOS nicht ganz unschuldig.

Inwiefern?

Letztlich ist der rechtsbürgerliche politische Vorstoss ein Echo auf die Revision der SKOS-Richtlinien von 2015, die die Sanktionsmöglichkeiten auf 30 Prozent ausgeweitet hat. Die SKOS hat selber ein Argument geliefert, dass es, wenn nötig auch mit 30 Prozent weniger geht. Damit wurde dieser Kürzungsvorschlag legitimiert. Es zeigt sich aber, dass diese Kompromisse politisch nicht honoriert werden.

Sie kennen die Diskussion um die Existenzsicherung seit Langem. Welche Tendenz nehmen Sie wahr?

Die Diskussion unterliegt einer Wellenbewegung. Ende der 90er Jahre kam die Diskussion wegen der hohen Arbeitslosigkeit auf. Die Revision der SKOS-Richtlinien 2005, bei der das Anreizsystem eingeführt wurde, war eine Antwort auf die Kritik, dass sich Arbeit nicht lohnt. Auch die Revision 2015 war eine Reaktion auf den politischen Druck. Man wollte schärfere Sanktionen und einen tieferen Grundbedarf. So ist es gekommen. Insofern gibt es nichts Neues unter der Sonne! Wenn man früher aber über begrenzte Kürzungen diskutierte, ist heute der Vorschlag, den Grundbedarf um 30 Prozent zu kürzen, eine ernsthafte Option. Der Rahmen des Denkbaren wurde ausgedehnt. ■

Das Gespräch führte
Regine Gerber